



Hauptausschuß

42. Sitzung (nicht öffentlich)

22. Oktober 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.35 Uhr

Vorsitz: Klaus Matthiesen (SPD)

Stenograph: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Abkommen der Länder über eine kostensparende Einsatzbewältigung bei bestimmten polizeilichen Einsatzlagen

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 12/3241

Der Ausschuß stimmt dem Abkommen einstimmig zu.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

2 Reintegrationsprogramm Skopje
Hier: Abschlußbericht der Landesregierung

Vorlagen 12/1790, 12/2249

Einem Bericht der Landesregierung, ergänzt durch Vertreter der Organisationen PEM und Caritas, die das Projekt begleitet haben, schließen sich Stellungnahmen und Fragen des Ausschusses an.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 12/3300, 12/3400

Der Ausschuß behandelt im Rahmen der Einzelberatung in einer ersten Runde die ihn tangierenden Bereiche des Landeshaushaltsentwurfs 1999.

(Diskussionsprotokoll Seite 8)

4 Informationsrechte des Landtags im Hinblick auf die Beteiligung des Landes an privatrechtlich organisierten Unternehmen

Vorlagen 12/2053, 12/2060

Der Vorsitzende informiert den Ausschuß über den Termin für das in der letzten Sitzung zu dem oben angegebenen Thema angeregte Gespräch.

(Siehe Diskussionsprotokoll, Seite 18)

5 Medienversuchsverordnung

Vorlage 12/2150

Der Ausschuß kommt auf Vorschlag der CDU-Fraktion überein, das Thema in Anwesenheit eines Vertreters der Landesanstalt für Rundfunk in einer der nächsten Sitzungen zu beraten.

(Kein Diskussionsprotokoll)

6 Entwicklung HDO Oberhausen seit dem 24. September 1998 insbesondere unter Berücksichtigung der Planungen, Konzepte und Verhandlungen im Hinblick auf die Gesellschaftsstruktur

Die CDU-Fraktion nimmt Stellung zu den Darlegungen der Landesregierung in der Vorlage 12/2319.

(Siehe Diskussionsprotokoll, Seite 19)

7 Verschiedenes

Der Vorsitzende verabschiedet sich vom Hauptausschuß mit einer persönlichen Erklärung.

(Siehe Diskussionsprotokoll, Seite 20)

* * *

daß das Jugendzentrum weitere zwei Jahre finanziert werde, daß die niederländische Regierung das Projekt Schulspeisungen und Schulbücher ein Jahr trage und daß die Familienberatung und -unterstützung aus Mitteln der Europäischen Union gefördert werde. Insgesamt könne also das, was im sozialen Umfeldprogramm gelaufen sei, zu einem großen Teil weitergeführt werden.

Dr. Manfred Uebags (PEM) bezeichnet die Integration in den traditionellen Arbeitsmarkt als äußerst schwieriges Unterfangen. Man habe Berufsqualifizierungsmaßnahmen durchgeführt, aber kaum Erfolg damit gehabt. Es sei hinzugekommen, daß Roma kein Vertrauen in Arbeitsverträge mit einem mazedonischen Unternehmen hätten. Vor diesem Hintergrund seien angebotene Arbeitsplätze vielfach abgelehnt worden.

In der Zeit, in der man in dem Projekt tätig gewesen sei, habe man die gegründeten Betriebe immer wieder besucht und betreut. Drei Monate nach dem Programm habe das alles noch sehr erfolgversprechend ausgesehen. Inwieweit das auch noch nach einem Jahr zutreffe, müßte evaluiert werden.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 12/3300, 12/3400

Einzelplan 01 - Geschäftsbereich des Landtags

Einzelplan 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

In Verbindung damit:

Europäisches Zentrum für Medienkompetenz in Marl
Hier: Bisherige Förderung und geplante Finanzierung

Vorlage 12/2197

Einzelplan 05 - Geschäftsbereich des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Hier: Kapitel 05 081 - Landeszentrale für politische Bildung

In Verbindung damit:

Beratung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Situation der politischen Bildung"

Vorlage 12/2123

Einzelplan 01 - Landtag

Vorsitzender Klaus Matthiesen verweist auf die Vorlage 12/2313 des Landtagspräsidenten, in der die in der letzten Sitzung angemeldeten Fragen beantwortet worden seien.

Heinz Hardt (CDU) entnimmt den Erläuterungen zu **Titel 124 10 - Mieten und Pachten** - im **Kapitel 01 010**, daß der Landtag über vier Dienstwohnungen verfüge, und bittet dazu um nähere Erläuterungen.

Ministerialdirigent Welz (Landtagsverwaltung) stellt fest, der Landtag verfüge über zwei Dienstwohnungen im Landtagsgebäude und jeweils eine Dienstwohnung in der Wasserstraße 4 und in der Wasserstraße 6. In den Dienstwohnungen hier wohnten der Hausmeister und ein Techniker. Die Dienstwohnung Wasserstraße 4 bewohne das Ehepaar Schmidt. Frau Schmidt sei Teilzeitbeschäftigte des Landtags und bewirtschafte das Gebäude, in dem der Landtag Wohnungen für Abgeordnete unterhalte. In der Dienstwohnung Wasserstraße 6 wohne das Ehepaar Witte. Frau Witte sei Angestellte der Landtagsverwaltung und verwalte das Gästehaus.

Im Zusammenhang mit **Titel 411 12 - Reisekosten nach § 10 AbgG NW** - bittet **Heinz Hardt (CDU)** zu berücksichtigen, daß die Zugfahrkarten der Landtagsabgeordneten ab dem Zeitpunkt, zu dem der Deutsche Bundestag seine Arbeit in Berlin aufnehme, die Möglichkeit vorsehen müßten, mit ihnen auch Berlin zu erreichen.

Vorsitzender Klaus Matthiesen fügt an, er halte, wenn sich der Sitz des Deutschen Bundestages nach Berlin verlagere, eine entsprechende Erweiterung des Fahrkartennetzes für Abgeordnete für eine Selbstverständlichkeit.

Dieser Auffassung schließt sich der **Ausschuß** einvernehmlich an. Er bittet die Landtagsverwaltung, Vorbereitungen zu treffen, die es ermöglichen, diesen Beschluß in Kraft zu setzen, sobald Berlin der Sitz des Deutschen Bundestages sei.

Reinhard Grätz (SPD) erinnert bei **Titelgruppe 60 - Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse** - daran, daß die Strichansätze noch mit Zahlen gefüllt werden müßten.

MD Welz (Landtagsverwaltung) verweist auf die eingangs vom Vorsitzenden erwähnte Vorlage 12/2313, in der auf Seite 3 die Titelgruppe 60 für beide parlamentarischen Untersuchungsausschüsse dotiert worden sei. Die dort aufgeführten Summen müßten in die Beschlußfassung einbezogen werden.

Lothar Hegemann (CDU) möchte in Erfahrung bringen, ob die Landtagsverwaltung beabsichtige, für die Mitarbeiter des PUA II Räume anzumieten.

Vorsitzender Klaus Matthiesen erinnert daran, daß die Fraktionen mit dem Präsidenten vereinbart hätten, daß die Mitarbeiter von Untersuchungsausschüssen ausschließlich im Landtagsgebäude untergebracht würden und sich daraus ergebende Raumprobleme durch Unterbringung von Teilen der Verwaltung außerhalb des Landtags zu lösen seien.

Heinz Hardt (CDU) erkundigt sich in diesem Zusammenhang, für wann der Umzug in den Fürstenwall geplant sei.

MD Welz (Landtagsverwaltung) antwortet, die Bauarbeiten seien voraussichtlich Ende November abgeschlossen. In der Folgezeit würden die Büroräume möbliert. Der Umzug sei für die Zeit vor Weihnachten geplant.

Im Zusammenhang mit **Titelgruppe 80 - Parlamentarischer Beratungs- und Gutachterdienst** merkt **Lothar Hegemann (CDU)** an, aus der Vorlage 12/2313 gehe hervor, daß es hinsichtlich der Besetzung von drei Stellen der Besoldungsgruppe A 15 noch Beratungsbedarf mit den Fraktionen gebe. Der Grundsatzbeschluß, der seinerzeit zum Wissenschaftlichen Dienst gefaßt worden sei, sei so alt, daß er sich immer wieder wundere, wie man sich in dieser Frage von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung hängele. Er habe fast das Gefühl, daß ein Wissenschaftlicher Dienst gar nicht mehr realisiert werden solle.

Hinsichtlich der Besetzung der Stelle des Controllers fragt der Abgeordnete, ob es zutreffe, daß Herr Dr. Taube zugesagt habe, wieder zurückzukommen.

MD Welz (Landtagsverwaltung) führt aus, ihm sei dies nicht bekannt. Er bezweifele es auch, weil Herr Dr. Taube aufgrund seiner beruflichen Qualifikation nicht dem Anforderungsprofil entspräche.

Die in der ProKom geführten Diskussionen über einen Wissenschaftlichen Dienst seien mit dem Grundsatzbeschluß beendet worden, dafür drei Stellen des höheren Dienstes einzurichten. Dies sei mit dem Haushalt 1998 erstmals geschehen. Nicht abschließend behandelt worden sei in der ProKom die Frage der Geschäftsordnung für den Wissenschaftlichen Dienst; dazu habe es Entwürfe der Landtagsverwaltung und von Herrn Dr. Taube gegeben. Ein interfraktionelles

Abstimmungsbedürfnis bestehe beispielsweise noch bezüglich der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wissenschaftlichen Beratungsdienstes, aber auch zu Fragen des Selbstbefassungsrechtes, des Beauftragungsrechtes usw.

Reinhard Grätz (SPD) äußert, seine Fraktion sehe sich nur in der Lage, dem zuzustimmen, wenn deutlicher geworden sei, wem die Arbeit des Berater- und Gutachterdienstes zugute kommen solle. Er bitte deshalb um eine Vorlage, in der dies näher beschrieben werde.

Vorsitzender Klaus Matthiesen hält es für notwendig, daß der Präsident mit den Fraktionen eine Verständigung über das Beauftragungsrecht und weitere Fragen herbeiführe. Insbesondere eine klare Abgrenzung des Beauftragungsrechtes sei unerlässlich, wenn man nicht Probleme vorprogrammieren wolle.

Der Vorsitzende erinnert die Fraktionen nochmals daran, daß es erforderlich sei, daß sie sich in bezug auf das Gebäude Wasserstraße eine Meinung bildeten, weil die Kosten für die Sanierung in Höhe von 700 000 DM dann in den Haushalt eingestellt werden müßten.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Im Zusammenhang mit **Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei** - erinnert **Ruth Hieronymi (CDU)** daran, daß Finanzminister Schleußer dem Hauptausschuß in der letzten Sitzung am 17. September zugesagt habe, daß in spätestens zwei bis drei Wochen eine punktgenaue Vorlage zum Umzug der Staatskanzlei ins "Stadtter" erstellt sei. Die Frist sei abgelaufen, und ihr sei nichts von einer entsprechenden Vorlage bekannt.

Der Finanzminister habe überdies ausgeführt, daß zu den Haushaltsberatungen eine entsprechende Ergänzungsvorlage eingereicht werde. Auch ein solches Papier liege nicht vor.

Ein entsprechendes Schreiben habe sie auch dem Vorsitzenden zugeleitet.

Vorsitzender Klaus Matthiesen merkt an, dieses Schreiben sei gestern eingegangen. Er sei nicht greifbar gewesen. Deshalb habe der Ausschußassistent das Schreiben direkt an die Staatskanzlei weitergegeben.

Zeitgleich mit dem Eingang des Schreibens von Frau Hieronymi habe es ein Berichterstattergespräch über den Einzelplan 02 unter anderem mit dem finanzpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion gegeben, berichtet **StS Frohn (StK)**. Dabei sei auch die Frage des "Stadtter" unter den Berichterstattern angesprochen worden.

Eine Ergänzungsvorlage werde von der Landesregierung beschlossen und zeitgerecht eingebracht.

Nachdem das Berichterstattergespräch gestern unter den Berichterstattern der Fraktionen zu einem Ergebnis geführt habe, habe er geglaubt, davon absehen zu können, im Hauptausschuß weitere Informationspflichten zu erfüllen.

Ruth Hieronymi (CDU) entgegnet, die Zusage des Finanzministers habe dem Hauptausschuß gegolten, dessen Haushaltsberatungen fänden heute statt, und der Hauptausschuß sei nicht in der Lage, seine Haushaltsberatungen zu diesem doch sehr wichtigen Punkt zu führen. Insofern könne sie die Stellungnahme des Staatssekretärs nicht akzeptieren.

StS Frohn (StK) stellt fest, Inhalt des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 02 am gestrigen Tage sei gewesen, daß eine Debatte geführt werden solle, sobald die Ergänzungsvorlage vom Finanzminister eingereicht worden sei.

Gisela Nacken (GRÜNE) legt dar, sie habe den Staatssekretär so verstanden, daß die vom Finanzminister angekündigte Vorlage noch nicht erstellt sei. Daraus folgere sie, daß der Hauptausschuß über diesen Punkt noch beraten müsse, wenn ihm die Vorlage zugegangen sei. Das sollte nach ihrer Auffassung so geschehen; denn auch ihre Fraktion habe Interesse an einer Diskussion über den Umzug der Staatskanzlei.

Vorsitzender Klaus Matthiesen zitiert aus dem Protokoll über die 41. Sitzung des Hauptausschusses am 17. September (APr 12/967, Seite 17):

Dr. Helmut Linssen (CDU) fragt abschließend, ob er den Finanzminister richtig verstanden habe, daß man in zwei bis drei Wochen alles auf den Tisch gelegt bekomme.

Minister Heinz Schleußer antwortet, wenn er "zwei bis drei Wochen" sage, dann meine er das auch so.

Der Vorsitzende bittet dafür zu sorgen, daß das Protokoll über das Berichterstattergespräch so schnell wie möglich dem Hauptausschuß vorgelegt werde.

Ruth Hieronymi (CDU) schließt die Bitte an, sich mit dem Thema "Stadtter" in der nächsten Sitzung am 12. November erneut zu beschäftigen. - Damit ist der **Ausschuß** einverstanden. - Des weiteren bittet **Ruth Hieronymi (CDU)**, gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuß den Wunsch vorzutragen, die Berichterstattergespräche so zu legen, daß die Haushaltsberatungen der Fachausschüsse auf der Grundlage dieser Gespräche abgewickelt werden könnten und die Berichterstattergespräche nicht als Ersatz der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen angesehen werden müßten.

Im Zusammenhang mit **Kapitel 02 030 - Internationale Zusammenarbeit** - spricht **Ruth Hieronymi (CDU)** die vorgesehene Kürzung von insgesamt über 3,1 Millionen DM an. Sie wolle in Erfahrung bringen, welche Konsequenzen diese Kürzung insbesondere auf die **Titel 686 00 - Zuschüsse für Projekte im Ausland** -, **687 00 - Zuschüsse für Projekte ziviler Konfliktbearbeitung im Ausland** - und **896 00 - Zuschüsse für Investitionsausgaben im Ausland** - habe.

StS Frohn (StK) erinnert daran, daß er schon bei der Einführung deutlich gemacht habe, daß der Einzelplan 02 nur sehr wenige disponible Bereiche habe. Wegen der trotz zurückgehender Personalzahlen zwangsläufigen Steigerungen der Aufwendungen im Personalbereich und der erstmaligen Veranschlagung von Versorgungsaufwendungen hätten in dem disponiblen Bereich, zu denen die von Frau Hieronymi erwähnten zählten, Kürzungen vorgenommen werden müssen. Diese Kürzungen hätten zur Folge, daß man die Mittel noch mehr als in der Vergangenheit auf Schwerpunktaufgaben konzentrieren müsse. Wenn der Haushalt wie vorgelegt verabschiedet werde, müßten die Projektlisten, die zu den aufgezählten Titeln gehörten, kürzer ausfallen als bisher. Er könne aber zusagen, daß dies nicht dazu führen werde, daß es in der internationalen Zusammenarbeit abgebrochene Projektruinen des Landes geben werde.

Ruth Hieronymi (CDU) hält eine derartige Prioritätensetzung der Landesregierung für falsch. Sie bitte sich vor Augen zu führen, daß sich die schwierige Haushaltslage des Landes über den Gesamthaushalt hinweg nicht gleichmäßig niederschlage. An einigen Stellen werde mehr gekürzt als an anderen, und an wenigen Stellen müßten sogar Ansatzsteigerungen konstatiert werden, so zum Beispiel bei den Mitteln für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung und den Mitteln im Kapitel "Medien und Telekommunikation".

Aus dem Kapitel "Internationale Zusammenarbeit" seien bisher sinnvolle Flüchtlingsprojekte finanziert worden, deren Notwendigkeit ihre Fraktion unterstreiche. Eine Kürzung von über 3 Millionen DM könnten solche Projekte nach ihrer Auffassung nicht verkraften. Hier könne sie die Argumentation des Staatssekretärs nicht nachvollziehen, das Land müsse sparen. Das Geld für diesen Bereich wäre vorhanden, wenn sich die Landesregierung entschließen würde, an weniger wichtigen Stellen auf Ausgaben zu verzichten. So werde im Kapitel "Medien und Telekommunikation" doppelt so viel draufgelegt, wie im Kapitel "Internationale Zusammenarbeit" gestrichen werde.

StS Frohn (StK) weist die Kritik seiner Vorrednerin an der Mittelerhöhung für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung zurück und stellt klar, daß im Rahmen der EU-Präsidentschaft der Bundesrepublik im nächsten Jahr der EU-Gipfel und der G7/G8-Gipfel in Köln stattfinden. Ein Bundesminister aus Nordrhein-Westfalen der noch amtierenden Bundesregierung, nämlich Herr Rüttgers, habe die Landesregierung dringend gebeten, eine halbe Million DM zur Durchführung einer europäischen Konferenz zum fünften Forschungsrahmenplan zur Verfügung zu stellen. Dies könne nun wirklich nicht als eine Propagandamaßnahme der rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf angesehen werden.

Bei den Maßnahmen, die man aus dem Kapitel "Internationale Zusammenarbeit" finanziere, gehe es nicht schwerpunktmäßig um Flüchtlingspolitik, sondern um eine internationale Projektzusammenarbeit vor allem mit Rumänien und mit den Ländern im Baltikum. Zum Teil seien dies Projekte, die am Ende der Laufzeit angelangt seien.

Im übrigen wolle er darauf aufmerksam machen, daß sich Nordrhein-Westfalen selbst bei dem gekürzten Ansatz noch mit jedem anderen Land der Bundesrepublik messen lassen könne. Dabei wolle er die Mittel, die durch die Umressortierung des Bereichs "Medien und Telekommunikation" dem Einzelplan der Staatskanzlei zugeflossen seien und die arbeitsplatzschaffenden Charakter hätten, nicht mit den Mitteln für die internationale Zusammenarbeit verrechnen.

Ruth Hieronymi (CDU) merkt zum **Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen** - an, ihre Fraktion sei nach wie vor der Meinung, daß die Aufgaben eines Teils des Wissenschaftszentrums sehr wohl von den Universitäten des Landes wahrgenommen werden könnten und nicht ausdrücklich im Haushalt der Staatskanzlei berücksichtigt werden müßten.

In bezug auf **Kapitel 02 061 - Kulturwissenschaftliches Institut** - interessieren **Roland Appel (GRÜNE)** die Stellenzahl für Professoren und der Auslastungsgrad der Gastprofessuren.

StS Frohn (StK) sagt eine schriftliche Antwort zu.

Bei **Kapitel 02 200 - Medien und Telekommunikation** - spricht **Werner Jostmeier (CDU)** **Titel 685 61 - Zuschüsse zur Förderung des Films in Nordrhein-Westfalen** - an und fragt, ob die Planungen, das Filmbüro gewissermaßen zu kassieren, weiterverfolgt würden.

Leitender Ministerialrat Dr. Prodoehl (Staatskanzlei) erwidert, es habe nie Pläne gegeben, das Filmbüro zu "kassieren". Vielmehr seien vor drei Jahren Überlegungen angestellt worden, das Filmbüro und die Filmstiftung in einer Institution zusammenzuführen. Diese Überlegungen würden von der Landesregierung nicht erneut aufgegriffen.

Reinhard Grätz (SPD) macht darauf aufmerksam, daß auf Seite 143 des Einzelplans 02 eine Erläuterung falsch ausgedruckt sei. Sie gehöre zu den Erläuterungen im Zusammenhang mit der Filmstiftung. Seine Fraktion werde dies durch einen Antrag klarstellen.

Ruth Hieronymi (CDU) stellt im Zusammenhang mit **Titel 831 10 - Erwerb einer Beteiligung am Europäischen Zentrum für Medienkompetenz in Marl** - fest, daß man in der letzten Sitzung über dieses Thema ausführlich beraten habe, ohne daß die Landesregierung die von ihrer Fraktion dazu gestellten Fragen habe beantworten können. Dem Erläuterungsband

sei zu entnehmen, daß das Europäische Medienkompetenzzentrum für die Jahre 1999 und 2000 mit dem Land einen Dienstleistungsvertrag über 5,3 Millionen DM abschließe. Die dazu eingegangene Vorlage 12/2318 beziehe sich ausschließlich auf die Abwicklung der Haushaltsmittel in den Jahren 1997 und 1998. Dagegen werde in dem Papier nicht auf die Frage eingegangen, was in den Jahren 1999 und 2000 geschehen solle.

StS Frohn (StK) entgegnet, die in der letzten Sitzung zu dem in Rede stehenden Ansatz gestellten Fragen seien ausweislich des Protokolls beantwortet worden. Entgegen der Annahme in einem Schreiben der Abgeordneten Hieronymi vom 6. Oktober an den Ministerpräsidenten seien die von ihr angesprochenen Titelanträge nicht im Einzelplan 02, sondern im Einzelplan 08 etatisiert. Sie seien dann um der Transparenz willen im Erläuterungsband der Staatskanzlei nachrichtlich nachgewiesen worden. Insofern gehe die in dem Schreiben angelegte Vermutung, das Medienkompetenzzentrum erhalte Beratungsmittel aus zwei Einzelplänen, fehl.

Es gebe einen Dienstleistungsauftrag des Wirtschaftsministers an das Europäische Medienkompetenzzentrum; darüber sei in der letzten Sitzung ebenfalls ausführlich diskutiert worden. Danach habe Herr Hegemann die Frage nach privat eingeworbenen Mitteln gestellt. Er, Frohn, habe daraufhin zugesagt, sich beim Geschäftsführer des Zentrums um Informationen zu bemühen.

Herr Dr. Klenke habe ihm zwischenzeitlich mitgeteilt, daß nach Aufnahme der Tätigkeit durch den Geschäftsführer am 1. Juli 1997 der Aufbau der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens im Vordergrund gestanden habe. Seit April 1998 habe er sich verstärkt um die Akquisition von Aufträgen außerhalb der Förderung bemüht. Weiter heiße es in dem Schreiben wörtlich:

In den letzten sechs Monaten hat die ECMC GmbH Marl Einnahmen aus nicht direkt oder indirekt vom Land geförderten Projekten in Höhe von 619 000 DM akquiriert. Das entspricht bei einer Gesamtförderung durch das Land, die erst am Ende dieses Jahres ausläuft, in Höhe von ca. 2,3 Millionen DM, mehr als 26 % dieser Summe. Teile dieser Summe werden am Jahresende abgeführt und entlasten die Grundförderung.

Ein Fremdfinanzierungsanteil von 26 % in einem so kurzen Zeitraum sei für jeden, der die Verhältnisse kenne, ein außerordentlich günstiges Ergebnis.

Lothar Hegemann (CDU) bezeichnet es als erfreulich, wenn Aufträge akquiriert und die Einnahmen daraus mit den Landeszuschüssen verrechnet würden. Diejenigen aber, die sich an dem Zentrum beteiligten, zahlten seines Wissens nichts, wenn das Zentrum Aufgaben für sie erledige.

StS Frohn (StK) vermutet, daß sein Vorredner Auskunft darüber begehre, wer die Auftraggeber seien. - **Lothar Hegemann (CDU)** entgegnet, diese Frage könne der Staatssekretär allgemein beantworten.

StS Frohn (StK) meint, allgemein habe er die Frage beantwortet. Er habe gesagt, daß Aufträge in Höhe von 619 000 DM akquiriert worden seien. Dann habe Herr Hegemann gefragt, ob darunter auch Aufträge von Gesellschaftern seien. Darauf könne er, Frohn, nur antworten, daß er, um diese Frage beantworten zu können, erneut den Geschäftsführer fragen müsse. Herr Hegemann werde ihn nicht veranlassen, ohne Rücksprache die Rechte einer privaten Gesellschaft zu tangieren.

Ruth Hieronymi (CDU) kommt auf das von Herrn Frohn zitierte Schreiben von Herrn Klenke zurück, in dem es heiße, Teile dieser Summe, nämlich der 619 000 DM, würden am Jahresende abgeführt. Sie bitte um Auskunft, was insbesondere mit dem Begriff "Teile" gemeint sei.

LMR Dr. Prodoehl (StK) erläutert, in diesem Jahr werde der Betrieb des ECMC und damit quasi die Basis, das Fundament dieses Instituts gefördert. Es sei exakt definiert, was das Institut mit den Landesmitteln tue. Darüber hinaus führe das ECMC Projekte durch, die von Dritten finanziert würden. Mit dem Institut sei vereinbart worden, daß es für Projekte, für die Drittmittel eingeworben werden könnten, keine Landesmittel einsetzen dürfe. Der Geschäftsführer werde deshalb Ende dieses Jahres eine entsprechende Abrechnung erstellen. Wenn bei Drittmittelprojekten Personal aus der Stammbesellschaft mitgewirkt habe, müsse Geld an das Land zurückgeführt werden.

Heinz Hardt (CDU) möchte wissen, ob die Antwort so zu verstehen sei, daß das ECMC inzwischen Mitarbeiter beschäftige, die nicht aus Landesmitteln finanziert würden.

LMR Dr. Prodoehl (StK) bestätigt das. Das habe man auch immer erreichen wollen. Auch in Zukunft wolle man nur die Basis des Instituts mit Landesmitteln unterstützen. Ansonsten solle sich das Institut auch von seiner Mitarbeiterzahl her durch Aufträge, die es am Markt akquiriere, ausweiten.

Lothar Hegemann (CDU) interessiert, inwieweit sich die Gesellschafter an der Grundfinanzierung beteiligten, ob das Land nach wie vor alleiniger Zahler sei oder ob sich die Gesellschafter mittlerweile damit abgefunden hätten, daß sie auch etwas zahlen müßten, und, sollte das nicht der Fall sein, ob das Land darüber nachdenke, die Gesellschafterstruktur zu verändern.

LMR Dr. Prodoehl (StK) stellt fest, aus den bekannten Gründen könne er keine Zahlen nennen, wohl aber eine allgemeine Antwort erteilen: Mit allen Gesellschaftern des ECMC sei besprochen, daß sie das Institut durch Projekte und nicht durch Beteiligung an der Grundfinanzierung unterstützten. Das habe sich sehr gut entwickelt. Unterstützung leisteten die Gesellschafter inzwischen auch durch finanzielle Beiträge zu Projekten, die das ECMC durchführe; so etwas nenne man gemeinhin Sponsoringbeiträge. Für das Projekt Netdays beispielsweise, das das ECMC entwickelt habe, könnten in diesem Jahr zehnmal soviel Sponsorenmittel eingeworben werden wie im letzten Jahr. Es gebe also eine ganz gewaltige Aufwärtsentwicklung bei der Akquisition von Sponsorenmitteln, unter anderem auch wegen der Bereitschaft des Gesellschafterkreises, entsprechende finanzielle Beiträge zu leisten.

Ruth Hieronymi (CDU) führt aus, im Erläuterungsband zum Einzelplan 02 werde ein Dienstleistungsvertrag mit dem Zentrum in Marl in Höhe von 5,3 Millionen DM angesprochen. Die öffentliche Förderung für die Jahre 1997 und 1998 habe rund 5,2 Millionen DM betragen. Diese Förderung solle Ende 1998 auslaufen. Sie frage, ob es zutreffe, daß es für die Haushaltsjahre 1999 und gegebenenfalls auch 2000 keinen vergleichbaren Förderansatz im Landeshaushalt gebe, und bitte des weiteren um Auskunft, wofür die Mittel, die im Rahmen des Dienstleistungsvertrags für die Haushaltsjahre 1999 und 2000 eingesetzt seien, verwendet werden sollten.

StS Frohn (StK) entgegnet, eine Debatte über die gleichen Fragen habe man bereits in der Sitzung am 17. September geführt. Herr Dr. Lossau habe ausweislich des Protokolls umfassend Auskunft erteilt. Er habe bestätigt, daß es einen Dienstleistungsvertrag gebe. Er, Frohn, habe ebenfalls ausweislich des Protokolls ausgeführt, daß der Dienstleistungsvertrag mit dem Wirtschaftsminister geschlossen worden sei und aus dessen Einzelplan dotiert werde. Vorhin habe er darauf aufmerksam gemacht, daß man aus Gründen der Transparenz im Erläuterungsband zum Einzelplan 02 darauf hinweise, daß ein Dienstleistungsvertrag geschlossen worden sei und aus welchem Kapitel er dotiert werde. Im Erläuterungsband werde auch beschrieben, zu welchem Zweck der Dienstleistungsvertrag geschlossen worden sei. Er wolle noch einmal betonen, daß der Eindruck, der wegen der Zahlenidentitäten erweckt werden solle, hier handele es sich um eine Umwegfinanzierung, nicht korrekt sei.

LMR Dr. Prodoehl (StK) erläutert, es werde in den Jahren 1999/2000 hinsichtlich der Kooperation zwischen dem Land und dem ECMC eine andere Philosophie verfolgt als in den Jahren 1997/98. In den Jahren 1997/98 sei die Aufbauphase des ECMC gewesen. Man habe nicht gewußt, wie die Strukturen aussehen würden und welche Schwerpunktfelder das Zentrum besetzen würde. Für diese Aufbauphase habe man eine Zuwendung gewährt. Man habe aber stets betont, daß man nicht auf Dauer eine Zuwendung gewähren, sondern daß man mit der Gesellschaft in ein Leistungsaustauschverhältnis eintreten wolle. Dies werde ab 1999 geschehen. Man fördere dann nicht mehr im klassischen Sinne, sondern habe einen Dienstleistungsvertrag geschlossen. Das bedeute, daß das Institut Partner des Landes sei, im Interesse des Landes Leistungen erbringe und dafür ein Honorar erhalte. Der Dienstleistungsver-

trag sei bewußt auf zwei Jahre abgeschlossen worden, weil man zunächst kontrollieren wolle, ob die Arbeit, die die GmbH im Interesse des Landes leiste, gut und erfolgreich sei oder nicht, um dann über eine Fortsetzung zu entscheiden. Der Geschäftsführer habe ausdrücklich darum gebeten, das Land solle das ECMC an seinen Leistungen messen; deshalb sei er an einem leistungsbezogenen Kooperationsverhältnis mit dem Land interessiert. Das entspreche dem Interesse des Landes, das nicht mehr institutionell den Aufbau fördern, sondern in eine konkrete Projekt- und Dienstleistungspartnerschaft mit dieser Institution eintreten wolle.

Die Leistungen, die vom ECMC erbracht würden, seien in einem Vertrag präzise definiert. Das reiche vom Aufbau eines gesellschaftlichen Dialogs über den Weg in die Informationsgesellschaft bis hin zu konkreten Leistungen, die das Institut auf bestimmten Zukunftsfeldern der Multimediaevolution erbringen müsse, um die Medienkompetenz im Lande zu erhöhen.

Ruth Hieronymi (CDU) fragt, in welchem Verhältnis den öffentlichen Aufträgen private gegenüberstünden.

LMR Dr. Prodoehl (StK) antwortet, der Staatssekretär habe schon gesagt, daß es bemerkenswert sei, daß die GmbH, obwohl sie quasi erst ab Mitte 1997 aufgebaut worden sei, jetzt schon in signifikantem Umfang Drittmittel eingeworben habe. Weil man darauf setze, daß sich das in Zukunft verstärkt fortsetzen werde, habe man die Finanzmittel nach dem Dienstleistungsvertrag degressiv strukturiert. Das Land zahle an die GmbH im Jahre 1999 für Dienstleistungen 3 Millionen DM und im Jahre 2000 2,3 Millionen DM jeweils inklusive Mehrwertsteuer. Diese Degression entspreche auch dem Willen der ECMC GmbH. Der Geschäftsführer habe zugesichert, in Zukunft in noch stärkerem Maße als bisher Drittmittel einzuwerben. Von daher sei ein Zurückfahren der Landesmittel auch sinnvoll.

Zu Kapitel 05 081 - Landeszentrale für politische Bildung - ergeben sich keine Wortmeldungen.

4 Informationsrechte des Landtags im Hinblick auf die Beteiligung des Landes an privatrechtlich organisierten Unternehmen

Vorlagen 12/2053, 12/2060

Vorsitzender Klaus Matthiesen erinnert daran, daß sich der Ausschuß zuletzt am 17. September mit diesem Thema befaßt habe. Damals sei der Ausschuß einvernehmlich übereingekommen, unter der Leitung des Landtagspräsidenten ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten unter Beteiligung der Fraktionsvorsitzenden und der Sprecher der Fraktionen im Hauptausschuß anzuregen. Diese Anregung des Hauptausschusses habe er an den Landtagspräsidenten herangetragen. Das Gespräch solle am 4. November stattfinden.